Stadt Alfeld (Leine)
- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 23.07.2026

Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

Sitzungsdatum:	Montag, den 08.06.2026
Beginn:	17:04 Uhr
Ende	18:15 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus der Stadt Alfeld (Leine), Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine), Großer Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende
Beigeordnete Waltraud Friedemann

Mitglied
Ratsherr Paul Bieder
Ratsfrau Nadine Fischbock
Ratsherr Jörg Schaper
Ratsherr Guido Franke

Vertreter
Ratsfrau Heike Lietz

Bürgerdeputierte
Frau Jutta Eilert
Frau Nadine Meier

Bürgerdeputierter
Herr Thomas Seifert-Kirstein
Herr Kai Friedemann

von der Verwaltung
Frau Dr. Sonja Granzow
Frau Jennifer Holzgreve

Protokollführerin
Frau Annika Kunz

Abwesend:

stellvertretender Vorsitzender
Ratsherr Lukas Lohmann

Mitglied
Ratsherr Dr. Volker Grasemann
Ratsherr Christian Voit
Ratsherr Dirk Dräger

Bürgerdeputierter
Herr Dr. Volker Bullwinkel

Presse:
Herr Milan Bauseneick (AZ)

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung

Frau Friedemann eröffnet die Sitzung um 17:04 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest und fragt nach Änderungswünschen.

Herr Franke teilt mit, dass er das letzte Protokoll nicht gefunden habe.

Frau Friedemann weist darauf hin, dass dieses nachgereicht wird.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 23.04.2026

Es erfolgt keine Abstimmung - das Protokoll wird nachgereicht.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Sachstandsbericht Kita Lützowstraße

Frau Holzgreve berichtet, dass die Bedarfsplanung für das kommende Kitajahr einen Überschuss von 45 freien Kita-Plätzen im Stadtgebiet ergeben hat. Auf dieser Grundlage wurde geprüft, wie die anstehenden Baumaßnahmen umgesetzt werden können.

Im Ergebnis wurde entschieden, die Kindertagesstätte während der Bauzeit vorübergehend zu schließen und die Sanierungsarbeiten in einem Bauabschnitt durchzuführen. Diese Lösung ist sowohl baulich als auch pädagogisch sinnvoll und dient insbesondere dem Wohl der Kinder, da sie nicht über einen längeren Zeitraum den Belastungen durch Baulärm und den Einschränkungen einer Baustelle im laufenden Betrieb ausgesetzt werden.

Die betroffenen Kinder können geschlossen in die Kita Vormasch umziehen. Entsprechende Gespräche mit den Leitungen der Kitas Lützowstraße und Vormasch, dem Team sowie den Eltern haben stattgefunden. Vereinbart wurde, dass die Kinder nach den Sommerferien gemeinsam als Gruppe wechseln.

Nach Einschätzung von Frau Holzgreve führt dieses Vorgehen zu einer kürzeren Bauzeit und ermöglicht zudem Kosteneinsparungen, da Schutz- und Sicherungsmaßnahmen für den laufenden Betrieb entfallen. Betroffen sind etwa zwölf Kinder. Der Umzug wurde gemeinsam mit Frau Donner vorbereitet und auf den Weg gebracht.

Frau Lietz fragt, ob wirklich nur 12 Kinder betroffen sind.

Frau Holzgreve ergänzt, dass auch die vier Personalstellen in die Kita Vormasch umgesetzt werden. Trotz des Umzugs werden im Stadtgebiet voraussichtlich weiterhin etwa 30 freie Kita-Plätze zur Verfügung stehen.

Herr Franke möchte wissen, ob dadurch die Baukosten in der Haushaltsplanung anders abgebildet werden müssen.

Frau Holzgreve erläutert, dass sich an der Haushaltsplanung für das Projekt grundsätzlich nichts ändern wird. Einsparungen ergeben sich jedoch, da bestimmte Maßnahmen, die für den Übergangsbetrieb im sanierten Altbau erforderlich gewesen wären, entfallen. Diese werden auf etwa 20.000 Euro geschätzt. Darüber hinaus können auch Personalkosten eingespart werden, da die beiden Einrichtungen während der Übergangszeit gemeinsam betrieben werden und sich das Personal gegenseitig unterstützen kann.

Frau Fischbock möchte wissen, ob der Weg zur Kita Vormasch für die betroffenen Familien zumutbar ist und ob geprüft wurde, dass alle Eltern die Einrichtung gut erreichen können.

Frau Holzgreve merkt an, dass aus der Elternschaft vereinzelt Bedenken hinsichtlich längerer Wege bei schlechter Witterung geäußert wurden. Insgesamt sei der Umzug jedoch für die Familien gut machbar. Bei der Planung sei zudem darauf geachtet worden, dass die Entfernung für die betroffenen Familien zumutbar ist.

Frau Fischbock fragt, wie es mit den finanziell schwachen Familien aussieht.

Frau Holzgreve verweist auf den Stadtbus und die fußläufige Erreichbarkeit der Kita Vormasch im Innenstadtbereich.

Frau Friedemann führt aus, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung insgesamt Vorteile für alle Beteiligten biete, auch wenn sich die neue Situation zunächst einspielen müsse. Darüber hinaus greift sie die genannten 45 freien Kita-Plätze erneut auf und fragt nach, wie sich der Bedarf beziehungsweise die Platzsituation in den kommenden Jahren voraussichtlich entwickeln wird.

Frau Holzgreve erläutert, dass für das Kitajahr 2027/2028 wieder mit steigenden Kinderzahlen gerechnet wird. Zudem lasse sich nicht vorhersehen, welche Entwicklungen künftig eintreten könnten, wie beispielsweise die Auswirkungen des Beginns des Ukrainekrieges gezeigt hätten. Ausreichende Kita-Kapazitäten ermöglichten es, auf solche Entwicklungen flexibel zu reagieren. Darüber hinaus böten freie Kapazitäten den Fachkräften mehr Zeit für die individuelle Förderung der Kinder, insbesondere im Hinblick auf Kinder mit erhöhtem Förderbedarf sowie in den Bereichen Integration und Prävention von Kinderarmut.

Frau Friedemann weist darauf hin, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu berücksichtigen sei.

Frau Holzgreve stellt klar, dass die Planung für das kommende Kitajahr bereits unter Berücksichtigung des Rechtsanspruchs erfolgt ist.

Frau Friedemann stellt fest, dass auf diese Weise die Arbeiten fortgeführt werden können.

Frau Friedemann fasst die Diskussion zusammen und stellt fest, dass die dargestellte Vorgehensweise der Verwaltung mitgetragen werden kann. Sie wünscht der Verwaltung für die Umsetzung viel Erfolg und begrüßt, dass alle Seiten der Thematik berücksichtigt wurden und eine gute Lösung insbesondere zum Wohl der Kinder gefunden werden konnte.

5. Sachstand zum Skaterplatz

Frau Holzgreve berichtet, dass die Firma YAMATO aus Hannover mögliche Standorte für eine vorübergehende Verlagerung begutachtet hat. Für das KUBA-Gelände wurde dabei festgestellt, dass unter anderem der Asphalt geschliffen sowie Treppen und Stufen mit einem Kantenschutz versehen werden müssen. Zudem wünscht sich die Gruppe ein Anfängergerät.

Das vorliegende Kostenangebot für die Maßnahmen im Rahmen einer Übergangslösung beläuft sich auf 7.500 Euro, was von der am Projekt beteiligten Gruppe aus Jugendlichen und Eltern als zu hoch eingeschätzt wird. Zusätzlich bietet die Firma an, vier bis fünf von uns vorgegebene Standorte zu prüfen sowie die Fördermittelakquise zu übernehmen; hierfür würden weitere 4.200 Euro anfallen, sodass sich insgesamt Kosten in Höhe von rund 12.000 Euro ergeben.

Die „Skatergruppe“ spricht sich daher dafür aus, keine Übergangslösung umzusetzen, sondern stattdessen eine dauerhafte und sinnvolle Lösung anzustreben. Die Mittel sollen in die Haushaltsplanberatungen aufgenommen werden. Im kommenden Jahr soll die Situation erneut bewertet und ein geeigneter Standort für alle Beteiligten gesucht werden.

Frau Friedemann findet es eine sinnvolle und verantwortungsvolle Entscheidung von der Gruppe. Die jeweiligen Fraktionen sollen darüber beraten und in den Haushaltsplanberatungen entscheiden, was in ihrer Sicht realisierbar ist.

Frau Lietz fragt, ob in den genannten 4.200 Euro ausschließlich die Standortprüfung und Fördermittelakquise enthalten sind oder ob hierin auch Kosten für neu anzuschaffende Geräte berücksichtigt sind.

Frau Holzgreve erläutert das Angebot und liest die einzelnen Positionen vor. In der Standort- und Fördermittelberatung seien demnach die vorbereitende Planung und Standortanalyse sowie die Fördermittelrecherche und -akquise enthalten. Zudem weist sie darauf hin, dass die weiteren Schritte vor einer Öffentlichkeitsbeteiligung mit Stadtplanung und Bauamt abzustimmen sind. Die von der Gruppe vorgeschlagenen Wunschstandorte würden als Grundlage dienen. Nach Auskunft der Firma sei das Vorhaben grundsätzlich realisierbar; Fördermittel in Höhe von 75 bis 80 Prozent seien möglich, ebenso unterschiedliche Szenarien, etwa ein Skatepark oder eine Kombination aus Skatepark und Pumptrack.

Frau Lietz fragt, ob die Einstellung von 4.200 Euro lediglich für die Beratung ausreiche oder ob zusätzlich Mittel für die spätere Umsetzung erforderlich seien.

Frau Holzgreve erläutert, dass neben den Fördermitteln auch ein entsprechender Eigenanteil berücksichtigt werden müsse.

Herr Franke merkt an, dass es sich um ein Thema für den neuen Rat handele. Er fragt, mit was für einer Summe denn zu rechnen sei.

Frau Holzgreve erklärt, dass dies von der Größe der Fläche abhänge.

Herr Franke ergänzt, dass die Gesamtkosten vermutlich im sechsstelligen Bereich liegen könnten.

Frau Holzgreve bestätigt dies und führt aus, dass je nach Ausgestaltung etwa mit bis zu 500.000 Euro Gesamtkosten zu rechnen sei. Dies müsse im Detail geprüft werden, insbesondere im Hinblick auf den verbleibenden Eigenanteil.

Frau Fischbock fragt, ob die Kosten für das Schleifen des Asphalts in Höhe von 7.500 Euro tatsächlich erforderlich seien.

Frau Holzgreve bejaht dies und erläutert, dass es unterschiedliche Asphaltkörnungen gebe. Für das Skaten werde ein eher feinporiger Asphalt benötigt, um die Unfallgefahr zu reduzieren.

Frau Fischbock fragt nach der zukünftigen Nutzung der Rampen vom Gelände der Hackelmasch.

Frau Holzgreve erklärt, dass diese bei einer vorübergehenden Nutzung auf dem KUBA-Gelände mit bedacht worden sind. Allerdings sei auch eine vorübergehende Nutzung des Standorts KUBA aufgrund möglicher Lärmbelastungen im Mischgebiet nicht gesichert.

Herr Franke weist darauf hin, dass es sich nicht um einen reinen Kinderspielplatz handele und die Lärmbelastung für Anwohner nicht unterschätzt werden dürfe.

Frau Fischbock fragt nach der Akzeptanz des vorliegenden Angebots der beteiligten Gruppe.

Frau Holzgreve berichtet, dass die Gruppe die Übergangslösung als nicht attraktiv einschätzt und wie schon eingangs berichtet lieber an einer dauerhaften und sinnvollen Lösung weiterarbeiten möchte.

Frau Lietz erkundigt sich nach der Größe der Skatergruppe.

Frau Holzgreve erklärt, dass es sich derzeit um eine kleinere Gruppe handele, sich jedoch bei einem attraktiven Angebot voraussichtlich mehr Interessierte finden würden; die Entwicklung sei nicht vorhersehbar.

Frau Fischbock weist darauf hin, dass in anderen Städten Kombinationen aus Pumptrack und Skateanlage umgesetzt wurden, die sowohl jüngere als auch ältere Nutzer ansprechen könnten.

Frau Lietz gibt zu bedenken, dass Aufwand und Kosten im Verhältnis zur Nutzerzahl betrachtet werden müssten; zudem sollten auch jüngere Kinder in die Überlegungen einbezogen werden.

Frau Friedemann ergänzt, dass sich Nutzungen und Bedarfe im Laufe der Zeit verändern. Im Rahmen von Projekten wie „Pimp Your Town“ hätten Jugendliche den Wunsch nach selbst gestaltbaren Aufenthalts- und Bewegungsflächen geäußert. Es sei wichtig, Entwicklungen zu beobachten und Erfahrungen zu sammeln. Eine Zwischenlösung werde vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und in Abstimmung mit der beteiligten Gruppe aus Eltern und Jugendlichen seitens der Verwaltung derzeit nicht weiterverfolgt, was sie als verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema bewertet.

Frau Meier bestärkt diese Feststellung und betont, dass die Vorgehensweise unter Beteiligung erarbeitet wurde. Eine Übergangslösung werde zudem als zu kostenintensiv angesehen. Dies solle respektiert und wertgeschätzt werden.

Herr Seifert-Kirstein verweist auf eine vergleichbare Anlage in Hildesheim, die auch für jüngere Nutzer geeignet sei, und bewertet diese Variante positiv. Ein attraktiver Standort könne das Interesse erhöhen und auch Nachwuchs fördern.

Frau Friedemann weist abschließend darauf hin, dass auch für Spielplätze in der Innenstadt Sanierungs- und Investitionsbedarf bestehe und hierfür ebenfalls Mittel sowie Fördermöglichkeiten berücksichtigt werden sollten. Auch für ältere Kinder und Jugendliche müsse ein angemessenes Angebot geschaffen werden.

6. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Holzgreve berichtet über personelle Veränderungen im Familienzentrum sowie in der Kita-Verwaltung. Frau Kunz hat in die Kita-Verwaltung gewechselt. Die Stelle im Familienzentrum wurde ausgeschrieben und soll zum 01.08.2026 neu besetzt werden. Bis dahin werden die Öffnungszeiten des Familienzentrums wie folgt angepasst: Montag bis Donnerstag von 10:00 bis 16:00 Uhr, freitags geschlossen.

Frau Holzgreve berichtet weiter über das Projekt „Urban Gardening“. Die Hochbeete vor der Bücherei und dem Ordnungsamt seien aufgestellt und von einer Gruppe von Kindern und Erwachsenen unter anderem mit Tomatenpflanzen und verschiedenen Salaten bepflanzt worden. Sie weist darauf hin, dass weitere Interessierte jederzeit willkommen seien und bittet dies auch als Hinweis an die Öffentlichkeit weiterzugeben.

Zudem informiert Frau Holzgreve über einen Aufruf des Landkreises zur Einreichung von Projektideen zur Förderung von Maßnahmen der Jugendsozialarbeit. Man befinde sich hierzu in der Ausarbeitung möglicher Konzepte und kläre derzeit noch die Rahmenbedingungen mit dem Landkreis Hildesheim. Eine Vorstellung im nächsten Ausschuss werde angestrebt.

Frau Fischbock fragt nach der künftigen Ausgestaltung der Ehrenamtskoordination.

Frau Holzgreve erläutert, dass die Aufgaben voraussichtlich neu strukturiert und auf beide Stelleninhaberinnen der kommunalen Integrationshilfe verteilt werden sollen. Dadurch werde die Vernetzung in den Bereich Ehrenamt auf zwei Personen verteilt und könne in Urlaubs- und Krankheitsfällen besser vertreten werden.

Frau Fischbock betont, dass die Ehrenamtskoordination nicht wegfallen dürfe und die Erreichbarkeit klarer kommuniziert werden müsse, da sie viele ehrenamtlich Interessierte an Frau Kunz verweise und befürchtet, dass sonst Kontakte verloren gehen könnten.

Frau Holzgreve versichert, dass entsprechende Anfragen im Familienzentrum weiterhin aufgefangen und bearbeitet werden.

Frau Lietz äußert, dass die Sitzgelegenheiten vor der Bücherei von mehreren Personen als optisch wenig ansprechend wahrgenommen würden. Sie regt an, einen alternativen Standort zu prüfen, da die Anlage als zu wuchtig empfunden werde und den Eindruck eines „Schandflecks“ erwecke. Zudem werde die Nutzung des Bereichs vor der Bücherei im Sommer dadurch eingeschränkt. Die Sitzgelegenheiten vor dem Familienzentrum hingegen würden positiv bewertet.

Frau Holzgreve fragt nach, ob insbesondere die Farbgestaltung kritisiert werde.

Frau Lietz entgegnet, dass es nicht nur die Farbe, sondern auch die Größe und Wirkung der Anlage als störend empfunden werde. Sie regt an, einen Standort mit mehr Raum zu prüfen.

Frau Holzgreve weist darauf hin, dass die Sitzbänke mobil seien und nimmt die Anregung zur Prüfung eines anderen Standorts auf.

Frau Dr. Granzow berichtet, dass seitens der Bücherei keine negativen Rückmeldungen vorlägen und die Sitzgelegenheiten von Besucherinnen und Besuchern genutzt würden.

Frau Lietz entgegnet, dass sie aus ihrem persönlichen Umfeld abweichende Rückmeldungen erhalten habe und weiterhin eine Standortverlagerung für sinnvoll halte.

Frau Holzgreve nimmt diese Anregung ebenfalls in die weitere Beratung der beteiligten Gruppe zum Gartenprojekt mit.

7. Anfragen

Keine

Frau Friedemann bedankt sich bei den Zuhörern sowie der Presse und schließt die öffentliche Sitzung um 17:48 Uhr.

Vorsitzende Bürgermeister Protokollführerin